

Bundesgesetzblatt ⁹⁸⁹

Teil II

Z 1998 A

1992

Ausgegeben zu Bonn am 26. September 1992

Nr. 34

Tag	Inhalt	Seite
10. 7. 92	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes	990
28. 8. 92	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Kongo	1010
2. 9. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	1012

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
über die Rechte des Kindes**

Vom 10. Juli 1992

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Februar 1992 zu dem Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (BGBl. 1992 II S. 121) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für

Deutschland

am 5. April 1992

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 6. März 1992 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.*)

Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat Deutschland folgendes erklärt:

Höflichkeitsübersetzung
(Courtesy Translation)

„I.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie das Übereinkommen über die Rechte des Kindes als einen Meilenstein der Entwicklung des internationalen Rechts begrüßt und die Ratifizierung des Übereinkommens zum Anlaß nehmen wird, Reformen des innerstaatlichen Rechts in die Wege zu leiten, die dem Geist des Übereinkommens entsprechen und die sie nach Artikel 3 Abs. 2 des Übereinkommens für geeignet hält, dem Wohlergehen des Kindes zu dienen. Zu den geplanten Maßnahmen gehört insbesondere eine Neuordnung des Rechts der elterlichen Sorge für Kinder, deren Eltern keine Ehe eingegangen sind, die als verheiratete Eltern dauernd getrennt leben oder geschieden sind. Hierbei wird es insbesondere darum gehen, auch in solchen Fällen die Voraussetzungen für die Ausübung der elterlichen Sorge durch beide Eltern zu verbessern. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zugleich, daß das Übereinkommen innerstaatlich keine unmittelbare Anwendung findet. Es begründet völkerrechtliche Staatenverpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland nach näherer Bestimmung ihres mit dem Übereinkommen übereinstimmenden innerstaatlichen Rechts erfüllt.

II.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, daß aus Artikel 18 Abs. 1 des Übereinkommens nicht abgeleitet werden kann, mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmung stehe das elterliche Sorgerecht auch bei Kindern,

“I.

The Government of the Federal Republic of Germany declares that it welcomes the Convention on the Rights of the Child as a milestone in the development of international law and that it will take the opportunity afforded by the ratification of the Convention to initiate reforms in its domestic legislation that are in keeping with the spirit of the Convention and that it considers appropriate, in line with Article 3 (2) of the Convention, to ensure the well-being of the child. The planned measures include, in particular, a revision of the law on parental custody in respect of children whose parents have not married, are permanently living apart while still married, or are divorced. The principal aim will be to improve the conditions for the exercise of parental custody by both parents in such cases as well. The Federal Republic of Germany also declares that domestically the Convention does not apply directly. It establishes state obligations under international law that the Federal Republic of Germany fulfils in accordance with its national law, which conforms with the Convention.

II.

The Government of the Federal Republic of Germany is of the opinion that Article 18(1) of the Convention does not imply that by virtue of the entry into force of this provision parental custody, automatically and without taking into account the best inter-

*) Am 2. Oktober 1990 hatte die ehemalige Deutsche Demokratische Republik ihre Ratifikationsurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt; infolge des am 3. Oktober 1990 wirksam gewordenen Beitritts der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland kam die Bestimmung des Artikels 49 Abs. 2 des Übereinkommens, nach welcher das Übereinkommen für die ehemalige Deutsche Demokratische Republik am 1. November 1990 in Kraft getreten wäre, nicht mehr zum Zuge.

deren Eltern keine Ehe eingegangen sind, die als verheiratete Eltern dauernd getrennt leben oder geschieden sind, automatisch und ohne Berücksichtigung des Kindeswohls im Einzelfall beiden Eltern zu. Eine derartige Auslegung wäre unvereinbar mit Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens. Besonders im Hinblick auf die Fälle, in denen die Eltern über die gemeinsame Ausübung des Sorgerechts nicht einig sind, sind Einzelfallprüfungen notwendig.

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt darum, daß die Bestimmungen des Übereinkommens auch die Vorschriften des innerstaatlichen Rechts

- a) über die gesetzliche Vertretung Minderjähriger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte,
- b) über das Sorge- und Umgangsrecht bei ehelichen Kindern und
- c) über die familien- und erbrechtlichen Verhältnisse nichtehelicher Kinder

nicht berühren; dies gilt ungeachtet der geplanten Neuordnung des Rechts der elterlichen Sorge, deren Ausgestaltung in das Ermessen des innerstaatlichen Gesetzgebers gestellt bleibt.

III.

Entsprechend den Vorbehalten, welche die Bundesrepublik Deutschland zu den Parallelgarantien des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte angebracht hat, erklärt sie zu Artikel 40 Abs. 2 Buchstabe b Ziffern ii und v des Übereinkommens, daß diese Bestimmungen derart angewandt werden, daß bei Straftaten von geringer Schwere nicht in allen Fällen

- a) ein Anspruch darauf besteht, „einen rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand“ zur Vorbereitung und Wahrnehmung der Verteidigung zu erhalten,
- b) die Überprüfung eines nicht auf Freiheitsstrafe lautenden Urteils durch eine „zuständige übergeordnete Behörde oder durch ein zuständiges höheres Gericht“ ermöglicht werden muß.

IV.

Die Bundesrepublik Deutschland bekräftigt ferner ihre am 23. Februar 1989 in Genf abgegebene Erklärung:

Nichts in dem Übereinkommen kann dahin ausgelegt werden, daß die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist; auch kann keine Bestimmung dahin ausgelegt werden, daß sie das Recht der Bundesrepublik Deutschland beschränkt, Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländern und die Bedingungen ihres Aufenthalts zu erlassen oder Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen.

ests of the respective child, applies to both parents even in the case of children whose parents have not married, are permanently living apart while still married, or are divorced. Such an interpretation would be incompatible with Article 3(1) of the Convention. The situation must be examined on a case-by-case basis, particularly where the parents cannot agree on the joint exercise of custody.

The Federal Republic of Germany therefore declares that the provisions of the Convention are also without prejudice to the provisions of national law concerning

- a) legal representation of minors in the exercise of their rights;
- b) rights of custody and access in respect of children born in wedlock;
- c) circumstances under family and inheritance law of children born out of wedlock;

this applies irrespective of the planned revision of the law on parental custody, the details of which remain within the discretion of the national legislator.

III.

In accordance with the reservations made by it with respect to the parallel guarantees of the International Covenant on Civil and Political Rights, the Federal Republic of Germany declares in respect of Article 40(2) (b) (ii) and (v) of the Convention that these provisions shall be applied in such a way that, in the case of minor infringement of the penal law, there shall not in each and every case exist

- a) a right to have "legal or other appropriate assistance" in the preparation and presentation of the defence, and/or
- b) an obligation to have a sentence not calling for imprisonment reviewed by a "higher competent . . . authority or judicial body".

IV.

In addition, the Federal Republic of Germany confirms the declaration it made in Geneva on 23 February 1989:

Nothing in the Convention may be interpreted as implying that unlawful entry by an alien into the territory of the Federal Republic of Germany or his unlawful stay there is permitted; nor may any provision be interpreted to mean that it restricts the right of the Federal Republic of Germany to pass laws and regulations concerning the entry of aliens and the conditions of their stay or to make a distinction between nationals and aliens.

V.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedauert, daß nach Artikel 38 Abs. 2 des Übereinkommens bereits Fünfzehnjährige als Soldaten an Feindseligkeiten teilnehmen dürfen, weil diese Altersgrenze mit dem Gesichtspunkt des Kindeswohls (Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens) unvereinbar ist. Sie erklärt, daß sie von der durch das Übereinkommen eröffneten Möglichkeit, diese Altersgrenze auf fünfzehn Jahre festzusetzen, keinen Gebrauch machen wird."

V.

The Government of the Federal Republic of Germany regrets the fact that under Article 38(2) of the Convention even fifteen-year-olds may take a part in hostilities as soldiers, because this age limit is incompatible with the consideration of a child's best interest (Article 3(1) of the Convention). It declares that it will not make any use of the possibility afforded by the Convention of fixing this age limit at fifteen years."

II.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Ägypten*)	am	2. September 1990
Albanien	am	28. März 1992
Angola	am	4. Januar 1991
Argentinien*)	am	3. Januar 1991
Äthiopien	am	13. Juni 1991
Australien*)	am	16. Januar 1991
Bahamas*)	am	22. März 1991
Bahrain	am	14. März 1992
Bangladesch*)	am	2. September 1990
Barbados	am	8. November 1990
Belgien*)	am	15. Januar 1992
Belize	am	2. September 1990
Benin	am	2. September 1990
Bhutan	am	2. September 1990
Bolivien	am	2. September 1990
Brasilien	am	24. Oktober 1990
Bulgarien	am	3. Juli 1991
Burkina Faso	am	30. September 1990
Burundi	am	18. November 1990
Chile	am	12. September 1990
Costa Rica	am	20. September 1990
Côte d'Ivoire	am	6. März 1991
Dänemark*)	am	18. August 1991
mit der Maßgabe, daß das Übereinkommen bis auf weiteres keine Anwendung auf die Färöer und Grönland findet		
Dominica	am	12. April 1991
Dominikanische Republik	am	11. Juli 1991
Dschibuti*)	am	5. Januar 1991
Ecuador	am	2. September 1990
El Salvador	am	2. September 1990
Estland	am	20. November 1991
Finnland*)	am	20. Juli 1991
Frankreich*)	am	6. September 1990
Gambia	am	7. September 1990
Ghana	am	2. September 1990
Grenada	am	5. Dezember 1990
Guatemala	am	2. September 1990
Guinea	am	2. September 1990
Guinea-Bissau	am	19. September 1990
Guyana	am	13. Februar 1991
Heiliger Stuhl*)	am	2. September 1990
Honduras	am	9. September 1990

Indonesien*)	am	5. Oktober 1990
Israel	am	2. November 1991
Italien	am	5. Oktober 1991
Jamaika	am	13. Juni 1991
Jemen	am	31. Mai 1991
Jordanien*)	am	23. Juni 1991
Jugoslawien*)	am	2. Februar 1991
Kanada*)	am	12. Januar 1992
Kenia	am	2. September 1990
Kolumbien*)	am	27. Februar 1991
Korea, Demokratische Volksrepublik	am	21. Oktober 1990
Korea, Republik*)	am	20. Dezember 1991
Kuba*)	am	20. September 1991
Kuwait*)	am	20. November 1991
Laotische Demokratische Volksrepublik	am	7. Juni 1991
Lesotho	am	9. April 1992
Libanon	am	13. Juni 1991
Litauen	am	1. März 1992
Madagaskar	am	18. April 1991
Malawi	am	1. Februar 1991
Malediven*)	am	13. März 1991
Mali*)	am	20. Oktober 1990
Malta*)	am	30. Oktober 1990
Mauretanien	am	15. Juni 1991
Mauritius*)	am	2. September 1990
Mexiko	am	21. Oktober 1990
Mongolei	am	2. September 1990
Myanmar*)	am	14. August 1991
Namibia	am	30. Oktober 1990
Nepal	am	14. Oktober 1990
Nicaragua	am	4. November 1990
Niger	am	30. Oktober 1990
Nigeria	am	19. Mai 1991
Norwegen*)	am	7. Februar 1991
Pakistan*)	am	12. Dezember 1990
Panama	am	11. Januar 1991
Paraguay	am	25. Oktober 1990
Peru	am	4. Oktober 1990
Philippinen	am	20. September 1990
Polen*)	am	7. Juli 1991
Portugal	am	21. Oktober 1990
Ruanda	am	23. Februar 1991
Rumänien	am	28. Oktober 1990
Sambia	am	5. Januar 1992
San Marino	am	25. Dezember 1991
São Tomé und Príncipe	am	13. Juni 1991
Schweden*)	am	2. September 1990
Senegal	am	2. September 1990
Seschellen	am	7. Oktober 1990
Sierra Leone	am	2. September 1990
Simbabwe	am	11. Oktober 1990
Spanien*)	am	5. Januar 1991
Sri Lanka	am	11. August 1991
St. Kitts und Nevis	am	2. September 1990
Sudan	am	2. September 1990

Tansania, Vereinigte Republik	am	10. Juli 1991
Togo	am	2. September 1990
Trinidad und Tobago	am	4. Januar 1992
Tschad	am	1. November 1990
Tschechoslowakei*)	am	6. Februar 1991
Uganda	am	16. September 1990
Ukraine	am	27. September 1991
Ungarn	am	6. November 1991
Uruguay*)	am	20. Dezember 1990
Venezuela*)	am	13. Oktober 1990
Vereinigtes Königreich*)	am	15. Januar 1992
Vietnam	am	2. September 1990
Weißrußland (Belarus)	am	31. Oktober 1990
Zaire	am	27. Oktober 1990
Zentralafrikanische Republik	am	23. Mai 1992
Zypern	am	9. März 1991
Weiterhin trat das Übereinkommen für die ehemalige Sowjetunion	am	15. September 1990

in Kraft.

*) Diese Vertragsparteien haben Erklärungen (bzw. Vorbehalte und/oder Einsprüche) abgegeben, deren Wortlaut nachstehend in Abschnitt III wiedergegeben wird.

III.

Vorbehalte, Erklärungen und Einsprüche

Ägypten

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 6. Juli 1990:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Arabic)

(Übersetzung) (Original: Arabisch)

Reservation

Vorbehalt

The Arab Republic of Egypt,

Die Arabische Republik Ägypten –

Considering that the Islamic Shariah is the fundamental source of legislation in Egyptian positive law and that, under the said Shariah, it is obligatory to provide all means of protection and care to children by diverse ways and means, not including, however, the system of adoption established in certain other bodies of positive law,

in Anbetracht dessen, daß die islamische Scharia die grundlegende Rechtsquelle im ägyptischen positiven Recht darstellt, und daß nach der Scharia die Verpflichtung besteht, Kindern auf vielfältige Weise alle Mittel zum Schutz und zur Betreuung zukommen zu lassen, jedoch nicht durch das System der Adoption, das in bestimmten anderen Systemen des positiven Rechts vorgesehen ist –

Expresses its reservation with respect to all the clauses and provisions relating to adoption in this Convention, and in particular to those parts of articles 20 and 21 of the Convention which concern adoption.

bringt einen Vorbehalt zu allen Klauseln und Bestimmungen über die Adoption in diesem Übereinkommen an, insbesondere zu den Teilen der Artikel 20 und 21, die sich auf die Adoption beziehen.

Argentinien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. Dezember 1990:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Réserves

Vorbehalte

La République argentine formule des réserves au sujet des alinéas b), c), d), et e) de l'article 21 de la Convention relative aux droits de l'enfant et déclare qu'ils ne s'appliqueront pas dans le territoire relevant de sa

Die Argentinische Republik bringt Vorbehalte zu Artikel 21 Buchstaben b, c, d und e des Übereinkommens über die Rechte des Kindes an und erklärt, daß diese Bestimmungen in dem ihrer Hoheitsgewalt unter-

jurisdiction; en effet, leur application exigerait l'existence préalable d'un mécanisme rigoureux de protection juridique de l'enfant en matière d'adoption internationale afin d'empêcher le trafic et la vente des enfants.

stehenden Gebiet keine Anwendung finden werden; denn zu ihrer Anwendung müßte zuvor ein strenger Mechanismus für den rechtlichen Schutz des Kindes bei internationaler Adoption bestehen, der den Handel mit und den Verkauf von Kindern verhindert.

Déclarations

En ce qui concerne l'article premier de la Convention relative aux droits de l'enfant, la République argentine déclare que le mot «enfant» doit s'entendre de tout être humain du moment de la conception jusqu'à l'âge de 18 ans.

En ce qui concerne l'alinéa f) de l'article 24 de la Convention relative aux droits de l'enfant, la République argentine, considérant que, conformément à des principes d'ordre éthique, les questions liées à la planification de la famille sont strictement du ressort des parents, estime que les Etats sont tenus, en vertu de cet article, de prendre les mesures appropriées pour conseiller les parents et les éduquer en matière de procréation responsable.

En ce qui concerne l'article 38 de la Convention relative aux droits de l'enfant, la République argentine déclare qu'elle aurait souhaité que la Convention ait formellement inderidit l'utilisation d'enfants dans les conflits armés, comme le stipule son droit interne – lequel continuera de s'appliquer en la matière en vertu de l'article 41.

Erklärungen

Zu Artikel 1 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes erklärt die Argentinische Republik, daß unter dem Wort „Kind“ jeder Mensch vom Augenblick der Empfängnis bis zum Alter von 18 Jahren zu verstehen ist.

Hinsichtlich des Artikels 24 Absatz 2 Buchstabe f des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vertritt die Argentinische Republik ausgehend von der Erwägung, daß die mit der Familienplanung verbundenen Fragen nach ethischen Grundsätzen ausschließlich Sache der Eltern sind, die Auffassung, daß die Staaten aufgrund dieses Artikels verpflichtet sind, geeignete Maßnahmen zur Beratung der Eltern und zu ihrer Aufklärung über verantwortungsbewußtes Sexualverhalten zu treffen.

Zu Artikel 38 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes erklärt die Argentinische Republik, daß sie sich ein förmliches Verbot des Einsatzes von Kindern in bewaffneten Konflikten durch das Übereinkommen gewünscht hätte, wie es in ihrem innerstaatlichen Recht niedergelegt ist, das nach Artikel 41 in diesem Bereich weiterhin Anwendung finden wird.

Australien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 17. Dezember 1990:

(Übersetzung)

Reservation

„Australia accepts the general principles of Article 37. In relation to the second sentence of paragraph (c), the obligation to separate children from adults in prison is accepted only to the extent that such imprisonment is considered by the responsible authorities to be feasible and consistent with the obligation that children be able to maintain contact with their families, having regard to the geography and demography of Australia. Australia, therefore, ratifies the Convention to the extent that it is unable to comply with the obligation imposed by Article 37(c).“

Vorbehalt

„Australien erkennt die allgemeinen Grundsätze des Artikels 37 an. In bezug auf Buchstabe c Satz 2 wird angesichts der geographischen und demographischen Verhältnisse in Australien die Verpflichtung, Kinder bei Freiheitsstrafen von Erwachsenen zu trennen, nur insoweit anerkannt, als dies von den zuständigen Behörden als durchführbar und mit der Verpflichtung vereinbar erachtet wird, Kindern die Möglichkeit zu geben, mit ihren Familien in Verbindung zu bleiben. Australien ratifiziert daher das Übereinkommen mit der Maßgabe, daß es die Verpflichtung des Artikels 37 Buchstabe c nicht einhalten kann.“

Bahamas

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. Februar 1991:

(Übersetzung)

„The Government of the Commonwealth of The Bahamas upon signing the Convention reserves the right not to apply the Provisions of Article 2 of the said Convention insofar as those Provisions relate to the conferment of citizenship upon a child having regard to the Provisions of the Constitution of the Commonwealth of The Bahamas.“

„Die Regierung des Bundes der Bahamas behält sich im Hinblick auf die Verfassung des Bundes der Bahamas bei der Unterzeichnung des Übereinkommens das Recht vor, die Bestimmungen des Artikels 2 nicht anzuwenden, soweit sie sich auf die Verleihung der Staatsangehörigkeit an ein Kind beziehen.“

Bangladesch

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 3. August 1990:

(Übersetzung)

„[The Government of Bangladesh] ratifies the Convention with a reservation to Article 14, paragraph 1.

Also, Article 21 would apply subject to the existing laws and practices in Bangladesh.“

„[Die Regierung von Bangladesch] ratifiziert das Übereinkommen mit einem Vorbehalt zu Artikel 14 Absatz 1.

Außerdem findet Artikel 21 vorbehaltlich der geltenden Gesetze und Gepflogenheiten in Bangladesch Anwendung.“

Belgien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. Dezember 1991:

(Übersetzung)

Déclarations interprétatives

«1. Concernant le paragraphe 1^{er} de l'article 2, le Gouvernement belge interprète la non-discrimination fondée sur l'origine nationale comme n'impliquant pas nécessairement l'obligation pour les Etats de garantir d'office aux étrangers les mêmes droits qu'à leurs nationaux. Ce concept doit s'entendre comme visant à écarter tout comportement arbitraire mais non des différences de traitement fondées sur des considérations objectives et raisonnables, conformes aux principes qui prévalent dans les sociétés démocratiques.

2. Les articles 13 et 15 seront appliqués par le Gouvernement belge dans le contexte des dispositions et des limitations énoncées ou autorisées aux articles 10 et 11 de la Convention européenne de Sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales du 4 novembre 1950, par ladite Convention.

3. Le Gouvernement belge déclare interpréter le paragraphe 1^{er} de l'article 14 en ce sens que, conformément aux dispositions pertinentes de l'article 18 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques du 19 décembre 1966 ainsi que de l'article 9 de la Convention européenne de Sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales du 4 novembre 1950, le droit de l'enfant à la liberté de pensée, de conscience et de religion implique également la liberté de choisir sa religion ou sa conviction.

4. Concernant le paragraphe 2 b.(v) de l'article 40 le Gouvernement belge considère que l'expression «conformément à la loi» in fine de cette disposition signifie que:

- a) cette disposition ne s'applique pas aux mineurs qui, en vertu de la loi belge, sont déclarés coupables et condamnés en seconde instance à la suite d'un recours contre leur acquittement en première instance;
- b) cette disposition ne s'applique pas aux mineurs qui, en vertu de la loi belge, sont directement déférés à une juridiction supérieure telle que la Cour d'Assises.»

Auslegungserklärungen

„1. Hinsichtlich des Artikels 2 Absatz 1 legt die belgische Regierung das Verbot der Diskriminierung aufgrund der nationalen Herkunft so aus, daß damit für die Staaten nicht notwendigerweise die Verpflichtung verbunden ist, von Amts wegen Ausländern dieselben Rechte wie ihren eigenen Staatsangehörigen zu gewährleisten. Dieser Gedanke muß in der Weise verstanden werden, daß er jedes willkürliche Verhalten verhindern soll, nicht aber Unterschiede in der Behandlung, die sich auf sachliche, vernünftige Überlegungen stützen und den Grundsätzen entsprechen, die in demokratischen Gesellschaften herrschen.

2. Die Artikel 13 und 15 werden von der belgischen Regierung im Zusammenhang mit den Bestimmungen und Einschränkungen angewendet, die in den Artikeln 10 und 11 der Europäischen Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufgeführt sind beziehungsweise zugelassen werden.

3. Die belgische Regierung erklärt, daß sie Artikel 14 Absatz 1 dahingehend auslegt, daß in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 18 des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte sowie des Artikels 9 der Europäischen Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit auch die Freiheit einschließt, seine Religion oder sein Bekenntnis zu wählen.

4. Hinsichtlich des Artikels 40 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer v ist die belgische Regierung der Auffassung, daß der Ausdruck „entsprechend dem Gesetz“ am Schluß dieser Bestimmung bedeutet, daß

- a) diese Bestimmung nicht auf Minderjährige Anwendung findet, die aufgrund des belgischen Rechts für schuldig erklärt und in zweiter Instanz – nach einer Berufung gegen ihren Freispruch in erster Instanz – verurteilt werden;
- b) diese Bestimmung nicht auf Minderjährige Anwendung findet, die aufgrund des belgischen Rechts unmittelbar vor ein höheres Gericht wie beispielsweise das Schwurgericht gebracht werden.“

Dänemark

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. Juli 1991:

(Übersetzung)

Declaration

“Until further notice the Convention shall not apply to Greenland and the Faroe Islands.”

Erklärung

„Bis auf weiteres findet das Übereinkommen auf Grönland und die Färöer keine Anwendung.“

Reservation

“Article 40, paragraph 2(b)(v) shall not be binding on Denmark.

It is a fundamental principle in the Danish Administration of Justice Act that everybody shall be entitled to have any penal measures imposed on him or her by a court of first instance reviewed by a higher court. There are, however, some provisions limiting this right in certain cases, for instance verdicts returned by a jury on the question of guilt, which have not been reversed by the legally trained judges of the court.”

Vorbehalt

„Artikel 40 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer v ist für Dänemark nicht bindend.

Das dänische Gesetz über die Rechtsprechung geht von dem fundamentalen Grundsatz aus, daß jeder Mensch berechtigt ist, die von einem erstinstanzlichen Gericht gegen ihn verhängten Strafmaßnahmen durch ein höheres Gericht nachprüfen zu lassen. Es gibt jedoch einige Bestimmungen, die dieses Recht in gewissen Fällen einschränken, beispielsweise beim Spruch der Geschworenen zur Schuldfrage, der von den Berufsrichtern des Gerichts nicht aufgehoben wurde.“

Dschibuti

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 6. Dezember 1990:

(Übersetzung)

«[Le Gouvernement de la République de Djibouti] déclare formellement, par la présente, adhérer à ladite Convention, promettant, au nom de la République de Djibouti de l'observer consciencieusement, et en tout temps, sous réserve de ne pas se considérer liée par les dispositions ou articles incompatibles avec sa religion, et ses valeurs traditionnelles.»

„[Die Regierung der Republik Dschibuti] erklärt hiermit förmlich ihren Beitritt zu diesem Übereinkommen und verspricht im Namen der Republik Dschibuti, es jederzeit gewissenhaft einzuhalten, unter dem Vorbehalt, daß sie sich durch die Bestimmungen oder Artikel, die mit der Religion und den überkommenen Werten Dschibutis unvereinbar sind, nicht als gebunden betrachtet.“

Finnland

1. am 25. Juli 1991:

(Übersetzung)

“The Government of Finland has taken note of the reservation made by the Republic of Indonesia upon ratification of the said Convention, by which Indonesia expresses that ‘With reference to the provisions of Articles 1, 14, 16, 17, 21, 22 and 29 of this Convention, the Government of the Republic of Indonesia declares that it will apply these articles in conformity with its Constitution’.

In the view of the Government of Finland this reservation is subject to the general principle of treaty interpretation according to which a party may not invoke the provisions of its internal law as justification for failure to perform a treaty. For the above reason the Government of Finland objects to the said reservation. However, the Government of Finland does not consider that this objection constitutes an obstacle to the entry into force of the said Convention between Finland and the Republic of Indonesia.”

„Die Regierung von Finnland hat den von der Republik Indonesien bei der Ratifikation des Übereinkommens angebrachten Vorbehalt zur Kenntnis genommen, durch den Indonesien folgendes zum Ausdruck bringt: ‚In Bezug auf die Artikel 1, 14, 16, 17, 21, 22 und 29 dieses Übereinkommens erklärt die Regierung der Republik Indonesien, daß sie diese Artikel in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung anwenden wird.‘

Nach Auffassung der Regierung von Finnland unterliegt dieser Vorbehalt dem allgemeinen Grundsatz der Vertragsauslegung, daß eine Vertragspartei sich nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen kann, um die Nichterfüllung eines Vertrags zu rechtfertigen. Aus diesem Grund erhebt die Regierung von Finnland Einspruch gegen den Vorbehalt. Jedoch betrachtet die Regierung von Finnland diesen Einspruch nicht als Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Finnland und der Republik Indonesien.“

2. am 25. Juli 1991:

(Übersetzung)

“The Government of Finland has taken note of the reservation made by Pakistan

„Die Regierung von Finnland hat den von Pakistan bei der Unterzeichnung des Über-

upon signature of the said Convention, by which Pakistan expresses that 'Provisions of the Convention shall be interpreted in the light of the principles of Islamic laws and values'.

In the view of the Government of Finland this reservation is subject to the general principle of treaty interpretation according to which a party may not invoke the provisions of its internal law as justification for failure to perform a treaty. For the above reason the Government of Finland objects to the said reservation. However, the Government of Finland does not consider that this objection constitutes an obstacle to the entry into force of the said Convention between Finland and Pakistan."

einkommens angebrachten Vorbehalt zur Kenntnis genommen, durch den Pakistan folgendes zum Ausdruck bringt: „Die Bestimmungen des Übereinkommens werden im Licht der Grundsätze des islamischen Rechts und der islamischen Werte ausgelegt.“

Nach Auffassung der Regierung von Finnland unterliegt dieser Vorbehalt dem allgemeinen Grundsatz der Vertragsauslegung, daß eine Vertragspartei sich nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen kann, um die Nichterfüllung eines Vertrags zu rechtfertigen. Aus diesem Grund erhebt die Regierung von Finnland Einspruch gegen den Vorbehalt. Jedoch betrachtet die Regierung von Finnland diesen Einspruch nicht als Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Finnland und Pakistan."

Frankreich

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 7. August 1990:

(Übersetzung)

„1. Le Gouvernement de la République déclare que la présente Convention, notamment l'article 6, ne saurait être interprétée comme faisant obstacle à l'application des dispositions de la législation française relative à l'interruption volontaire de la grossesse.

2. Le Gouvernement de la République déclare, compte tenu de l'article 2 de la Constitution de la République française, que l'article 30 n'a pas lieu de s'appliquer en ce qui concerne la République.

3. Le Gouvernement de la République interprète l'article 40 paragraphe 2, b) V, comme posant un principe général auquel la loi peut apporter des exceptions limitées. Il en est ainsi, notamment, pour certaines infractions relevant en premier et dernier ressort du tribunal de police ainsi que pour les infractions de nature criminelle. Au demeurant les décisions rendues en dernier ressort peuvent faire l'objet d'un recours devant la Cour de Cassation qui statue sur la légalité de la décision intervenue.“

„1. Die Regierung der Republik erklärt, daß dieses Übereinkommen, insbesondere Artikel 6, nicht so ausgelegt werden darf, als stünde es der Anwendung der französischen Rechtsvorschriften zum Schwangerschaftsabbruch entgegen.

2. Die Regierung der Republik erklärt, daß aufgrund des Artikels 2 der Verfassung der Französischen Republik in bezug auf die Republik kein Anlaß zur Anwendung des Artikels 30 besteht.

3. Die Regierung der Republik legt Artikel 40 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer v dahingehend aus, daß darin ein allgemeiner Grundsatz festgelegt wird, zu dem das Gesetz begrenzte Ausnahmen vorsehen kann. Dies gilt insbesondere für bestimmte Straftaten, für die in erster und letzter Instanz das Amtsgericht (tribunal de police) zuständig ist, sowie für kriminelle Straftaten. Auf jeden Fall kann gegen letztinstanzliche Entscheidungen Revision beim Kassationsgerichtshof eingelegt werden, das über die Gesetzmäßigkeit der ergangenen Entscheidung befindet.“

Heiliger Stuhl

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. April 1990:

(Übersetzung)

Reservations

„The Holy See, in conformity with the dispositions of Article 51, [ratified] to the Convention on the Rights of the Child with the following reservations:

a) that it interprets the phrase 'Family planning education and services' in Article 24.2, to mean only those methods of family planning which it considers morally acceptable, that is, the natural methods of family planning.

b) that it interprets the Articles of the Convention in a way which safeguards the

Vorbehalte

„In Übereinstimmung mit Artikel 51 [ratifiziert] der Heilige Stuhl das Übereinkommen über die Rechte des Kindes mit folgenden Vorbehalten:

a) Er legt die Worte ‚die Aufklärung und die Dienste auf dem Gebiet der Familienplanung‘ in Artikel 24 Absatz 2 dahingehend aus, daß sie sich nur auf die Methoden der Familienplanung beziehen, die er als moralisch annehmbar betrachtet, also natürliche Methoden der Familienplanung;

b) er legt die Artikel des Übereinkommens dahingehend aus, daß die grundlegen-

primary and inalienable rights of parents, in particular insofar as these rights concern education (Articles 13 and 28), religion (Article 14), association with others (Article 15) and privacy (Article 16).

- c) that the application of the Convention be compatible in practice with the particular nature of the Vatican City State and of the sources of its objective law (Art. 1, Law of 7 June 1929, n. 11), and, in consideration of its limited extent, with its legislation in the matters of citizenship, access and residence."

Declaration

"The Holy See regards the present convention as a proper and laudable instrument aimed at protecting the rights and interest of children, who are 'that precious treasure given to each generation as a challenge to its wisdom and humanity' (Pope John Paul II, 26 April 1984).

The Holy See recognizes that the convention represents an enactment of principles previously adopted by the United Nations, and once effective as a ratified instrument, will safeguard the rights of the child before as well as after birth, as expressly affirmed in the 'Declaration of the Rights of the Child' [Res. 136 (XIV)] and restated in the ninth preambular paragraph of the Convention. The Holy See remains confident that the ninth preambular paragraph will serve as the perspective through which the rest of the Convention will be interpreted, in conformity with Article 31 of the Vienna Convention on the Law of Treaties of 23 May 1969.

By acceding to the Convention on the Rights of the Child, the Holy See intends to give renewed expression to its constant concern for the well-being of children and families. In consideration of its singular nature and position, the Holy See, in acceding to this Convention, does not intend to prescind in any way from its specific mission which is of a religious and moral character."

Indonesien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 5. September 1990:

(Courtesy Translation)
(Original: Indonesian)

Reservation

The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia guarantees the fundamental rights of the child irrespective of their sex, ethnic or race. The Constitution prescribes those rights to be implemented by national laws and regulations.

den und unveräußerlichen Rechte der Eltern geschützt sind, insbesondere soweit diese Rechte die Bildung (Artikel 13 und 28), die Religion (Artikel 14), den Zusammenschluß mit anderen (Artikel 15) und das Privatleben (Artikel 16) betreffen;

- c) die Anwendung des Übereinkommens muß in der Praxis mit dem besonderen Charakter des Staates Vatikanstadt und der Quellen seines objektiven Rechts (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Juni 1929, n. 11) sowie – in Anbetracht seiner geringen Ausdehnung – mit seinen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Staatsangehörigkeit, des Zugangs und des Aufenthalts vereinbar sein."

Erklärung

„Der Heilige Stuhl betrachtet dieses Übereinkommen als ein rechtes und lobenswertes Werkzeug zum Schutz der Rechte und Interessen der Kinder, die der kostbare Schatz sind, der jeder Generation als Prüfstein ihrer Weisheit und Menschlichkeit übergeben wird (Papst Johannes Paul II., 26. April 1984).

Der Heilige Stuhl erkennt an, daß das Übereinkommen die zuvor von den Vereinten Nationen angenommenen Grundsätze zum Gesetz erhebt und daß es, sobald es als ratifizierte Übereinkunft in Kraft tritt, die Rechte des Kindes vor und nach der Geburt schützen wird, wie in der Erklärung der Rechte des Kindes [Resolution 136 (XIV)] ausdrücklich bestätigt und in Absatz 9 der Präambel des Übereinkommens bekräftigt. Der Heilige Stuhl ist überzeugt, daß Absatz 9 der Präambel als Perspektive für die Auslegung des übrigen Übereinkommens im Einklang mit Artikel 31 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge dienen wird.

Mit seinem Beitritt zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes will der Heilige Stuhl erneut seine ständige Sorge um das Wohl des Kindes und der Familie zum Ausdruck bringen. In Anbetracht seines außergewöhnlichen Charakters und seiner besonderen Stellung beabsichtigt der Heilige Stuhl durch seinen Beitritt zu dem Übereinkommen nicht, in irgendeiner Weise von seinem spezifischen Auftrag, der religiöser und moralischer Natur ist, abzuweichen."

(Übersetzung)

(Höflichkeitsübersetzung)
(Original: Indonesisch)

Vorbehalt

Die Verfassung der Republik Indonesien von 1945 garantiert die Grundrechte des Kindes unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Volkszugehörigkeit oder seiner Rasse. Die Verfassung schreibt vor, daß diese Rechte durch innerstaatliche Gesetze und sonstige Vorschriften durchzusetzen sind.

The ratification of the Convention on the Rights of the Child by the Republic of Indonesia does not imply the acceptance of obligations going beyond the Constitutional limits nor the acceptance of any obligation to introduce any right beyond those prescribed under the Constitution.

With reference to the provisions of Articles 1, 14, 16, 17, 21, 22 and 29 of this Convention, the Government of the Republic of Indonesia declares that it will apply these articles in conformity with its Constitution.

Die Ratifikation des Übereinkommens über die Rechte des Kindes durch die Republik Indonesien bedeutet weder die Anerkennung von Verpflichtungen, die über die durch die Verfassung gesetzten Grenzen hinausgehen, noch die Anerkennung einer Verpflichtung zur Einführung von Rechten, die über die in der Verfassung festgelegten Rechte hinausgehen.

In bezug auf die Artikel 1, 14, 16, 17, 21, 22 und 29 dieses Übereinkommens erklärt die Regierung der Republik Indonesien, daß sie diese Artikel in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung anwenden wird.

Jordanien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. Mai 1991:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Arabic)

The Hashemite Kingdom of Jordan expresses its reservation and does not consider itself bound by articles 14, 20 and 21 of the Convention, which grant the child the right to freedom of choice of religion and concern the question of adoption, since they are at variance with the precepts of the tolerant Islamic Shariah.

(Übersetzung) (Original: Arabisch)

Das Haschemitische Königreich Jordanien bringt den Vorbehalt an, daß es sich durch die Artikel 14, 20 und 21 des Übereinkommens, die dem Kind das Recht auf Religionsfreiheit einräumen und die Frage der Adoption betreffen, nicht als gebunden betrachtet, da sie mit den Geboten der toleranten islamischen Scharia nicht in Einklang stehen.

Jugoslawien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 3. Januar 1991:

(Übersetzung)

"The competent authorities (ward authorities) of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia may, under Article 9, paragraph 1 of the Convention, make decisions to deprive parents of their right to raise their children and give them an upbringing without prior judicial determination in accordance with the internal legislation of the SFR of Yugoslavia."

„Die zuständigen Behörden (Vormundschaftsbehörden) der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien können in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ohne vorherige gerichtliche Entscheidung nach Artikel 9 Absatz 1 des Übereinkommens beschließen, den Eltern das Recht zu entziehen, ihre Kinder aufzuziehen und zu erziehen.“

Kanada

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 13. Dezember 1991:

(Übersetzung)

Reservations

"(i) Article 21

With a view to ensuring full respect for the purposes and intent of Article 20(3) and Article 30 of the Convention, the Government of Canada reserves the right not to apply the provisions of Article 21 to the extent that they may be inconsistent with customary forms of care among aboriginal peoples in Canada.

(ii) Article 37(c)

The Government of Canada accepts the general principles of Article 37(c) of the Convention, but reserves the right not to detain children separately from

Vorbehalte

„(i) Artikel 21

Um die uneingeschränkte Achtung der Zwecke und Ziele des Artikels 20 Absatz 3 und des Artikels 30 des Übereinkommens sicherzustellen, behält sich die Regierung von Kanada das Recht vor, die Bestimmungen des Artikels 21 nur insoweit anzuwenden, als sie mit den bei den Ureinwohnern Kanadas üblichen Formen der Betreuung in Einklang stehen.

(ii) Artikel 37 Buchstabe c

Die Regierung von Kanada erkennt die allgemeinen Grundsätze des Artikels 37 Buchstabe c des Übereinkommens an, behält sich jedoch das Recht vor,

adults where this is not appropriate or feasible.”

Kinder während einer Freiheitsentziehung nicht getrennt von Erwachsenen unterzubringen, wenn eine solche Trennung nicht angemessen oder durchführbar ist.“

Statement of Understanding

Erklärung

“Article 30

„Artikel 30

It is the understanding of the Government of Canada that, in matters relating to aboriginal peoples of Canada, the fulfilment of its responsibilities under Article 4 of the Convention must take into account the provisions of Article 30. In particular, in assessing what measures are appropriate to implement the rights recognized in the Convention for aboriginal children, due regard must be paid to not denying their right, in community with other members of their group, to enjoy their own culture, to profess and practice their own religion and to use their own language.”

Die Regierung von Kanada geht davon aus, daß sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Artikel 4 des Übereinkommens in Angelegenheiten, welche die Ureinwohner Kanadas betreffen, Artikel 30 berücksichtigen muß. Insbesondere muß bei der Beurteilung der Frage, welche Maßnahmen für die Durchsetzung der in dem Übereinkommen für die Kinder der Ureinwohner anerkannten Rechte geeignet sind, gebührend darauf geachtet werden, daß ihnen nicht das Recht vorenthalten wird, in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihre eigene Kultur zu pflegen, sich zu ihrer eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder ihre eigene Sprache zu verwenden.“

Kolumbien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Januar 1991:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Le Gouvernement colombien, conformément à l'alinéa d) du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention de Vienne sur le droit des traités, conclue le 23 mai 1969, déclare qu'en ce qui concerne les effets des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 38 de la Convention relative aux droits de l'enfant, adoptée le 20 novembre 1989 par l'Assemblée générale des Nations Unies, il sera entendu que l'âge dont il est question auxdits paragraphes est celui de 18 ans, en considération du fait que la loi colombienne fixe à 18 ans l'âge minimal du recrutement dans les forces armées des personnes appelées à faire leur service militaire.

Die kolumbianische Regierung erklärt in Übereinstimmung mit Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d des am 23. Mai 1969 geschlossenen Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, daß hinsichtlich der Wirkungen des Artikels 38 Absätze 2 und 3 des am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Übereinkommens über die Rechte des Kindes davon ausgegangen wird, daß das in den genannten Absätzen angesprochene Alter 18 Jahre beträgt, da im kolumbianischen Recht das Mindestalter für die Einberufung Wehrpflichtiger zum Militärdienst auf 18 Jahre festgelegt ist.

Korea, Republik

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. November 1991:

(Übersetzung)

(Courtesy Translation)
(Original: Korean)

(Höflichkeitsübersetzung)
(Original: Koreanisch)

The Republic of Korea . . . considers itself not bound by the provisions of paragraph 3 of Article 9, paragraph (a) of Article 21 and sub-paragraph (b)(v) of paragraph 2 of Article 40.

Die Republik Korea . . . betrachtet sich durch Artikel 9 Absatz 3, Artikel 21 Buchstabe a und Artikel 40 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer v nicht als gebunden.

Kuba

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. August 1991:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Le Gouvernement de la République de Cuba déclare, relativement à l'article premier de la Convention, qu'à Cuba, l'âge de 18 ans ne constitue pas la majorité pour tous les actes civils aux termes de la loi nationale en vigueur.

Die Regierung der Republik Kuba erklärt zu Artikel 1 des Übereinkommens, daß in Kuba nach geltendem innerstaatlichen Recht die Volljährigkeit nicht bei allen bürgerlich-rechtlichen Handlungen mit Vollendung des 18. Lebensjahres erreicht ist.

Kuwait

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. Oktober 1991:

(Übersetzung)

(Courtesy Translation)
(Original: Arabic)

Article 7:

The State of Kuwait understands the concept of this Article to signify the right of the child who was born in Kuwait and whose parents are unknown (parentless) to be granted the Kuwaiti nationality as stipulated by the Kuwaiti Nationality Laws.

Article 21:

The State of Kuwait, as it adheres to the provisions of the Islamic shariah as the main source of legislation, strictly bans abandoning the Islamic religion and does not therefore approve adoption.

(Höflichkeitsübersetzung)
(Original: Arabisch)

Artikel 7:

Der Staat Kuwait legt diesen Artikel dahingehend aus, daß er einem in Kuwait geborenen Kind, dessen Eltern unbekannt sind (elternloses Kind), das Recht verleiht, im Einklang mit den kuwaitischen Staatsangehörigkeitsgesetzen die kuwaitische Staatsangehörigkeit zu erhalten.

Artikel 21:

Da der Staat Kuwait die Bestimmungen der islamischen Scharia als grundlegende Rechtsquelle ansieht, verbietet er es streng, die islamische Religion aufzugeben, und genehmigt daher keine Adoption.

Malediven

Die am 11. Februar 1991 hinterlegte Ratifikationsurkunde der Malediven enthält nicht näher erläuterte Vorbehalte zu den Artikeln 14 und 21 des Übereinkommens.

Mali

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. September 1990:

(Übersetzung)

Réserve

«Le Gouvernement de la République du Mali déclare, compte tenu du Code de la Parenté du Mali, que l'article 16 de la Convention n'a pas lieu de s'appliquer.»

Vorbehalt

„Die Regierung der Republik Mali erklärt, daß aufgrund des Gesetzbuchs von Mali über verwandtschaftliche Beziehungen kein Anlaß zur Anwendung des Artikels 16 des Übereinkommens besteht.“

Malta

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. September 1990:

(Übersetzung)

Reservation

“Article 26 – The Government of Malta is bound by the obligations arising out of this Article to the extent of present social security legislation.”

Vorbehalt

„Artikel 26 – die Regierung von Malta ist durch die Verpflichtungen nach diesem Artikel insoweit gebunden, als sie dem geltenden Recht auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit entsprechen.“

Mauritius

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 26. Juli 1990:

(Übersetzung)

“[Mauritius] having considered the Convention, hereby accedes to it with express reservation with regard to Article 22 of the said Convention.”

„Nachdem [Mauritius] das Übereinkommen geprüft hat, tritt es ihm hiermit bei, wobei es einen ausdrücklichen Vorbehalt zu Artikel 22 anbringt.“

Myanmar

bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 15. Juli 1991:

(Übersetzung)

“Article 15

1. The Union of Myanmar interprets the expression ‘the law’ in Article 15, paragraph 2, to mean the Laws, as well as the Decrees and Executive Orders having the

„Artikel 15

1. Die Union Myanmar legt den Begriff, gesetzlich’ in Artikel 15 Absatz 2 so aus, daß er die Gesetze sowie die Dekrete und Verordnungen mit Gesetzeskraft bezeichnet,

force of law, which are for the time being in force in the Union of Myanmar.

2. The Union of Myanmar understands that such restrictions on freedom of association and freedom of peaceful assembly imposed in conformity with the said Laws, Decrees and Executive Orders as are required by the exigencies of the situation obtaining in the Union of Myanmar are permissible under Article 15, paragraph 2.

3. The Union of Myanmar interprets the expression 'national security' in the same paragraph as encompassing the supreme national interest, namely, the non-disintegration of the Union, the non-disintegration of national solidarity and the perpetuation of national sovereignty, which constitute the paramount national causes of the Union of Myanmar."

"Article 37

The Union of Myanmar accepts in principle the provisions of Article 37 as they are in consonance with its laws, rules, regulations, procedures and practice as well as with its traditional, cultural and religious values. However, having regard to the exigencies of the situation obtaining in the country at present, the Union of Myanmar states as follows:

1. Nothing contained in Article 37 shall prevent, or be construed as preventing, the Government of the Union of Myanmar from assuming or exercising, in conformity with the laws for the time being in force in the country and the procedures established thereunder, such powers as are required by the exigencies of the situation for the preservation and strengthening of the rule of law, the maintenance of public order (ordre public) and, in particular, the protection of the supreme national interest, namely, the non-disintegration of the Union, the non-disintegration of national solidarity and the perpetuation of national sovereignty, which constitute the paramount national causes of the Union of Myanmar.

2. Such powers shall include the powers of arrest, detention, imprisonment, exclusion, interrogation, enquiry and investigation."

Norwegen

1. Die am 8. Januar 1991 hinterlegte Ratifikationsurkunde Norwegens enthält einen nicht näher erläuterten Vorbehalt zu Artikel 40 Abs. 2 Buchstabe b Ziffer v des Übereinkommens.

2. am 30. Dezember 1991:

"The Government of Norway has examined the content of the reservation made by the Republic of Djibouti, by which the Republic of Djibouti expresses that '(The Government of the Republic of Djibouti) hereby formally declares its accession to the Convention and pledges, on behalf of

die derzeit in der Union Myanmar in Kraft sind.

2. Die Union Myanmar geht davon aus, daß die in Übereinstimmung mit den genannten Gesetzen, Dekreten und Verordnungen verhängten Beschränkungen des Rechts, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln, die aufgrund der schwierigen Lage in der Union Myanmar erforderlich sind, nach Artikel 15 Absatz 2 zulässig sind.

3. Die Union Myanmar legt den Begriff, nationale Sicherheit' in demselben Absatz so aus, daß er das höchste nationale Interesse umfaßt, nämlich die Verhinderung des Zerfalls der Union und der nationalen Solidarität sowie das Fortbestehen der nationalen Souveränität, welche die wichtigsten nationalen Anliegen der Union Myanmar darstellen."

„Artikel 37

Die Union Myanmar erkennt die Bestimmungen des Artikels 37 grundsätzlich an, soweit sie mit ihren Gesetzen, Regeln, Vorschriften, Verfahren und Gepflogenheiten sowie ihren traditionellen, kulturellen und religiösen Werten in Übereinstimmung stehen. Im Hinblick auf die derzeitige schwierige Lage im Land erklärt die Union Myanmar folgendes:

1. Artikel 37 darf die Regierung der Union Myanmar nicht daran hindern oder darf nicht so ausgelegt werden, als hindere er sie daran, in Übereinstimmung mit den derzeit im Land geltenden Gesetzen und den kraft dieser Gesetze festgelegten Verfahren die aufgrund der derzeitigen schwierigen Lage erforderlichen Machtbefugnisse zu übernehmen oder auszuüben, die für die Erhaltung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Erhaltung der öffentlichen Ordnung (ordre public) und insbesondere den Schutz des höchsten nationalen Interesses erforderlich sind, nämlich die Verhinderung des Zerfalls der Union und der nationalen Solidarität sowie das Fortbestehen der nationalen Souveränität, welche die wichtigsten nationalen Anliegen der Union Myanmar darstellen.

2. Diese Machtbefugnisse schließen die Befugnis zur Festnahme, zur Freiheitsentziehung, zur Verhängung einer Freiheitsstrafe, zum Ausschluß, zum Verhör, zur Ermittlung und zur Untersuchung ein."

(Übersetzung)

„Die Regierung von Norwegen hat den Inhalt des Vorbehalts der Republik Dschibuti geprüft, durch den die Republik Dschibuti folgendes zum Ausdruck bringt: ‚Die Regierung der Republik Dschibuti erklärt hiermit förmlich ihren Beitritt zu diesem Übereinkommen und verspricht im Namen der Re-

the Republic of Djibouti, to adhere to it conscientiously and at all times, except that it shall not consider itself bound by any provisions or articles that are incompatible with its religion and its traditional values.'

A reservation by which a State party limits its responsibilities under the Convention by invoking general principles of national law may create doubts about the commitments of the reserving state to the object and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international treaty law. It is in the common interest of states that treaties to which they have chosen to become parties also are respected, as to object and purpose, by all parties. The Government of Norway, therefore, objects to this reservation.

This objection shall not constitute an obstacle to the entry into force of the Convention between Norway and the Republic of Djibouti."

3. am 30. Dezember 1991:

"The Government of Norway has examined the content of the reservation made by the Republic of Indonesia, by which the Republic of Indonesia expresses that 'The ratification of the Convention on the Rights of the Child by the Republic of Indonesia does not imply the acceptance of obligations going beyond the constitutional limits nor the acceptance of any obligation to introduce any right beyond those prescribed under the Constitution' and further 'With reference to the provisions of articles 1, 14, 16, 17, 21, 22 and 29 of this Convention, the Government of the Republic of Indonesia declares that it will apply these articles in conformity with its Constitution.'

A reservation by which a State party limits its responsibilities under the Convention by invoking general principles of national law may create doubts about the commitments of the reserving state to the object and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international treaty law. It is in the common interest of states that treaties to which they have chosen to become parties also are respected, as to object and purpose, by all parties. The Government of Norway, therefore, objects to this reservation.

This objection shall not constitute an obstacle to the entry into force of the Convention between Norway and the Republic of Indonesia."

publik Dschibuti, es jederzeit gewissenhaft einzuhalten, unter dem Vorbehalt, daß sie sich durch Bestimmungen oder Artikel, die mit der Religion und den überkommenen Werten Dschibutis unvereinbar sind, nicht als gebunden betrachtet.'

Ein Vorbehalt, durch den ein Vertragsstaat seine Verantwortlichkeiten aufgrund des Übereinkommens beschränkt, indem er sich auf allgemeine Grundsätze des innerstaatlichen Rechts beruft, kann Zweifel an den Verpflichtungen des Staates, der den Vorbehalt anbringt, in bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken und überdies dazu beitragen, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, daß Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden. Die Regierung von Norwegen erhebt daher Einspruch gegen diesen Vorbehalt.

Dieser Einspruch stellt kein Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Norwegen und der Republik Dschibuti dar."

(Übersetzung)

„Die Regierung von Norwegen hat den Inhalt des Vorbehalts der Republik Indonesien geprüft, durch den die Republik Indonesien folgendes zum Ausdruck bringt: ‚Die Ratifikation des Übereinkommens über die Rechte des Kindes durch die Republik Indonesien bedeutet weder die Anerkennung von Verpflichtungen, die über die durch die Verfassung gesetzten Grenzen hinausgehen, noch die Anerkennung einer Verpflichtung zur Einführung von Rechten, die über die in der Verfassung festgelegten Rechte hinausgehen.‘ und ‚In bezug auf die Artikel 1, 14, 16, 17, 21, 22 und 29 dieses Übereinkommens erklärt die Regierung der Republik Indonesien, daß sie diese Artikel in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung anwenden wird.‘

Ein Vorbehalt, durch den ein Vertragsstaat seine Verantwortlichkeiten aufgrund des Übereinkommens beschränkt, indem er sich auf allgemeine Grundsätze des innerstaatlichen Rechts beruft, kann Zweifel an den Verpflichtungen des Staates, der den Vorbehalt anbringt, in bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken und überdies dazu beitragen, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, daß Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden. Die Regierung von Norwegen erhebt daher Einspruch gegen diesen Vorbehalt.

Dieser Einspruch stellt kein Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Norwegen und der Republik Indonesien dar."

4. am 30. Dezember 1991:

(Übersetzung)

„The Government of Norway has examined the content of the reservation made by Pakistan, by which Pakistan expresses that 'Provisions of the Convention shall be interpreted in the light of the principles of Islamic laws and values.'

A reservation by which a State party limits its responsibilities under the Convention by invoking general principles of national law may create doubts about the commitments of the reserving state to the object and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international treaty law. It is in the common interest of states that treaties to which they have chosen to become parties also are respected, as to object and purpose, by all parties. The Government of Norway, therefore, objects to this reservation.

This objection shall not constitute an obstacle to the entry into force of the Convention between Norway and Pakistan.”

„Die Regierung von Norwegen hat den Inhalt des Vorbehalts Pakistans geprüft, durch den Pakistan folgendes zum Ausdruck bringt: ‚Die Bestimmungen des Übereinkommens werden im Licht der Grundsätze des islamischen Rechts und der islamischen Werte ausgelegt.‘

Ein Vorbehalt, durch den ein Vertragsstaat seine Verantwortlichkeiten aufgrund des Übereinkommens beschränkt, indem er sich auf allgemeine Grundsätze des innerstaatlichen Rechts beruft, kann Zweifel an den Verpflichtungen des Staates, der den Vorbehalt anbringt, in bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken und überdies dazu beitragen, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, daß Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden. Die Regierung von Norwegen erhebt daher Einspruch gegen diesen Vorbehalt.

Dieser Einspruch stellt kein Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Norwegen und Pakistan dar.“

Pakistan

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 12. November 1990:

Reservation

„The provisions of the Convention shall be interpreted in the light of the principles of Islamic laws and values.“

Vorbehalt

„Die Bestimmungen des Übereinkommens werden im Licht der Grundsätze des islamischen Rechts und der islamischen Werte ausgelegt.“

(Übersetzung)

Polen

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 7. Juni 1991:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Polish)

(Übersetzung) (Original: Polnisch)

Reservations

In ratifying the Convention on the Rights of the Child, adopted by the United Nations General Assembly on 20 November 1989, the Republic of Poland, in accordance with the provision contained in article 51, paragraph 1, of the Convention, registers the following reservations:

- With respect to article 7 of the Convention, the Republic of Poland stipulates that the right of an adopted child to know its natural parents shall be subject to the limitations imposed by binding legal arrangements that enable adoptive parents to maintain the confidentiality of the child's origin;
- The law of the Republic of Poland shall determine the age from which call-up to military or similar service and participation in military operations are permissible. That age limit may not be lower than the age limit set out in article 38 of the Convention.

Vorbehalte

Bei der Ratifikation des Übereinkommens über die Rechte des Kindes, das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. November 1989 angenommen wurde, bringt die Republik Polen in Übereinstimmung mit Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens folgende Vorbehalte an:

- In bezug auf Artikel 7 des Übereinkommens macht die Republik Polen zur Bedingung, daß das Recht eines Adoptivkinds, seine leiblichen Eltern zu kennen, den Beschränkungen unterliegt, die durch bindende rechtliche Regelungen vorgesehen sind, die es Adoptiveltern ermöglichen, hinsichtlich der Herkunft des Kindes Vertraulichkeit zu wahren.
- Das Recht der Republik Polen legt das Mindestalter für die Einberufung zum Militärdienst oder einem vergleichbaren Dienst oder die Beteiligung an militärischen Operationen fest. Diese Altersgrenze darf nicht unter der in Artikel 38 des Übereinkommens festgesetzten Grenze liegen.

Declarations

- The Republic of Poland considers that a child's rights as defined in the Convention, in particular the rights defined in articles 12 to 16, shall be exercised with respect for parental authority, in accordance with Polish customs and traditions regarding the place of the child within and outside the family;
- With respect to article 24, paragraph 2(f), of the Convention, the Republic of Poland considers that family planning and education services for parents should be in keeping with the principles of morality.

Erklärungen

- Die Republik Polen ist der Auffassung, daß die in dem Übereinkommen festgelegten Rechte des Kindes, insbesondere die Rechte aus den Artikeln 12 bis 16, in Übereinstimmung mit den polnischen Sitten und Gebräuchen hinsichtlich der Stellung des Kindes innerhalb und außerhalb der Familie unter Achtung der elterlichen Autorität auszuüben sind.
- Im Hinblick auf Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe f des Übereinkommens ist die Republik Polen der Auffassung, daß die Dienste auf dem Gebiet der Familienplanung und der Aufklärung für Eltern im Einklang mit den Grundsätzen der Moral stehen sollten.

Schweden

1. am 20. September 1991:

"The Government of Sweden has examined the content of the reservation made by the Republic of Indonesia, by which the Republic of Indonesia expresses that 'With reference to the provisions of Articles 1, 14, 16, 17, 21, 22 and 29 of this Convention, the Government of the Republic of Indonesia declares that it will only apply these articles in conformity with its Constitution'.

A reservation by which a State party limits its responsibilities under the Convention by invoking general principles of national law may cast doubts on the commitments of the reserving state to the object and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international treaty law. It is in the common interest of states that treaties to which they have chosen to become parties also are respected, as to object and purpose, by all parties. The Government of Sweden therefore objects to the reservation.

This objection does not constitute an obstacle to the entry into force of the Convention between Sweden and the Republic of Indonesia."

2. am 20. September 1991:

"The Government of Sweden has examined the content of the reservation made by Pakistan, by which Pakistan expresses that 'Provisions of the Convention shall be interpreted in the light of the principles of Islamic laws and values'.

A reservation by which a State party limits its responsibilities under the Convention by invoking general principles of national law may cast doubts on the commitments of the reserving state to the object and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international treaty law. It is in the common interest of states

(Übersetzung)

„Die Regierung von Schweden hat den Inhalt des Vorbehalts der Republik Indonesien geprüft, durch den die Republik Indonesien folgendes zum Ausdruck bringt: ‚In bezug auf die Artikel 1, 14, 16, 17, 21, 22 und 29 dieses Übereinkommens erklärt die Regierung der Republik Indonesien, daß sie diese Artikel nur in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung anwenden wird.‘

Ein Vorbehalt, durch den ein Vertragsstaat seine Verantwortlichkeiten aufgrund des Übereinkommens beschränkt, indem er sich auf allgemeine Grundsätze des innerstaatlichen Rechts beruft, kann Zweifel an den Verpflichtungen des Staates, der den Vorbehalt anbringt, in bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken und überdies dazu beitragen, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, daß Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden. Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen diesen Vorbehalt.

Dieser Einspruch stellt kein Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Schweden und der Republik Indonesien dar.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Schweden hat den Inhalt des Vorbehalts Pakistans geprüft, durch den Pakistan folgendes zum Ausdruck bringt: ‚Die Bestimmungen des Übereinkommens werden im Licht der Grundsätze des islamischen Rechts und der islamischen Werte ausgelegt.‘

Ein Vorbehalt, durch den ein Vertragsstaat seine Verantwortlichkeiten aufgrund des Übereinkommens beschränkt, indem er sich auf allgemeine Grundsätze des innerstaatlichen Rechts beruft, kann Zweifel an den Verpflichtungen des Staates, der den Vorbehalt anbringt, in bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken

that treaties to which they have chosen to become parties also are respected, as to object and purpose, by all parties. The Government of Sweden therefore objects to the reservation.

This objection does not constitute an obstacle to the entry into force of the Convention between Sweden and Pakistan."

Spanien

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 6. Dezember 1990:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

Déclarations

1. Selon l'interprétation de l'Espagne, l'alinéa d) de l'article 21 de la Convention ne doit en aucun cas autoriser à percevoir d'autre profit matériel que les sommes strictement nécessaires pour couvrir les frais incompressibles que peut entraîner l'adoption d'un enfant résidant dans un autre pays.

2. S'associant aux Etats et organisations humanitaires qui ont marqué leur réserve à l'égard des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 38 de la Convention, l'Espagne déclare elle aussi qu'elle désapprouve l'âge limite fixé par ces dispositions, limite qui lui paraît trop basse car elle permet d'enrôler et de faire participer à des conflits armés des enfants à partir de 15 ans.

und überdies dazu beitragen, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, daß Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden. Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen diesen Vorbehalt.

Dieser Einspruch stellt kein Hindernis für das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Schweden und Pakistan dar."

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Erklärungen

1. Nach der Auslegung durch Spanien darf Artikel 21 Buchstabe d des Übereinkommens keinesfalls dazu führen, daß Vermögensvorteile über die Beträge hinaus gestattet werden, die absolut notwendig sind, um die nicht weiter einschränkbaren Kosten zu decken, die durch die Adoption eines Kindes, das seinen Wohnsitz in einem anderen Land hat, entstehen können.

2. Spanien schließt sich den Staaten und humanitären Organisationen an, die Vorbehalte zu Artikel 38 Absätze 2 und 3 des Übereinkommens geäußert haben, und erklärt ebenfalls, daß es das in diesen Bestimmungen festgelegte Mindestalter nicht gutheißt; diese Altersgrenze erscheint Spanien zu niedrig, denn dadurch können Kinder ab 15 Jahren eingezogen und zur Teilnahme an bewaffneten Konflikten verpflichtet werden.

Tschechoslowakei

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 7. Januar 1991:

(Übersetzung)

"In cases of irrevocable adoptions, which are based on the principle of anonymity of such adoptions, and of artificial fertilization, where the physician charged with the operation is required to ensure that the husband and wife on one hand and the donor on the other remain unknown to each other, the non-communication of a natural parent's name or natural parents' names to the child is not in contradiction with this provision."

„In Fällen unwiderruflicher Adoptionen, die auf dem Grundsatz der Anonymität der Adoption beruhen, und in Fällen künstlicher Befruchtung, in denen der mit dem Eingriff beauftragte Arzt verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß der Ehemann und die Ehefrau einerseits und der Spender andererseits einander unbekannt bleiben, steht es nicht im Widerspruch zu dieser Bestimmung, dem Kind den Namen des leiblichen Elternteils oder der leiblichen Eltern zu verschweigen.“

Uruguay

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. November 1990:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

Réserve

Le Gouvernement de la République orientale de l'Uruguay, se référant à la déclaration présentée le 26 janvier 1990 à l'occasion de la signature de la "Convention relative aux droits de l'enfant", adoptée le 6 décembre 1989, déclare à propos des

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Vorbehalt

Die Regierung der Republik Östlich des Uruguay erklärt unter Bezugnahme auf die Erklärung, die sie am 26. Januar 1990 anläßlich der Unterzeichnung des am 6. Dezember 1989 angenommenen Übereinkommens über die Rechte des Kindes abgege-

dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 38 que, conformément à l'ordre juridique uruguayen, il aurait été souhaitable de fixer à 18 ans l'âge limite pour la non-participation directe aux hostilités, en cas de conflit armé, au lieu de 15 ans comme le prévoit la Convention.

Par ailleurs, le Gouvernement uruguayen déclare que dans l'exercice de sa volonté souveraine, il ne permettra pas que des personnes de moins de 18 ans relevant de sa juridiction participent directement aux hostilités et qu'il n'enrôlera en aucun cas des personnes n'ayant pas atteint l'âge de 18 ans.

ben hat, zu Artikel 38 Absätze 2 und 3, daß es nach der uruguayischen Rechtsordnung wünschenswert gewesen wäre, die Altersgrenze, bis zu der Kinder bei einem bewaffneten Konflikt nicht unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen dürfen, auf 18 Jahre festzusetzen und nicht auf 15 Jahre, wie dies im Übereinkommen vorgesehen ist.

Im übrigen erklärt die uruguayische Regierung, daß sie es in Ausübung ihres souveränen Willens nicht zulassen wird, daß Personen unter 18 Jahren, die ihrer Hoheitsgewalt unterstehen, unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen, und daß sie keinesfalls Personen zum Wehrdienst einziehen wird, die nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Venezuela

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 13. September 1990:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

Déclarations interprétatives

1. En ce qui concerne le paragraphe b) de l'article 21:

Selon le Gouvernement vénézuélien, cette disposition vise l'adoption internationale et ne concerne, en aucune façon, le placement à l'étranger dans une famille nourricière. Elle ne peut non plus porter préjudice à l'obligation incombant à l'Etat d'assurer à l'enfant la protection à laquelle il a droit.

2. En ce qui concerne le paragraphe d) de l'article 21:

Selon le Gouvernement vénézuélien, ni l'adoption ni le placement des enfants ne peuvent en aucun cas se traduire par un profit matériel pour les personnes qui en sont responsables à quelque titre que ce soit.

3. En ce qui concerne l'article 30:

Selon le Gouvernement vénézuélien, cet article constitue une application de l'article 2 de la Convention.

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

Auslegungserklärungen

1. Zu Artikel 21 Buchstabe b):

Nach Auffassung der venezolanischen Regierung betrifft diese Bestimmung die internationale Adoption und bezieht sich in keiner Weise auf die Unterbringung in einer Pflegefamilie in einem anderen Land. Ferner kann durch diese Bestimmung nicht die Pflicht des Staates eingeschränkt werden, dem Kind den Schutz zu gewähren, auf den es Anspruch hat.

2. Zu Artikel 21 Buchstabe d):

Nach Auffassung der venezolanischen Regierung dürfen weder bei einer Adoption noch bei der Unterbringung von Kindern in einem anderen Land für die – in welcher Eigenschaft auch immer – Beteiligten Vermögensvorteile entstehen.

3. Zu Artikel 30:

Nach Auffassung der venezolanischen Regierung stellt dieser Artikel eine Anwendung des Artikels 2 des Übereinkommens dar.

Vereinigtes Königreich

bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. Dezember 1991:

(Übersetzung)

1.

“(a) The United Kingdom interprets the Convention as applicable only following a live birth.

(b) The United Kingdom interprets the references in the Convention to 'parents' to mean only those persons who, as a matter of national law, are treated as parents. This includes cases where the law regards a child as having only one parent, for example where a child has been adopted by one person only and in certain cases where a child is conceived other than as a result of

1.

“(a) Das Vereinigte Königreich legt das Übereinkommen dahingehend aus, daß es nur nach einer Lebendgeburt anzuwenden ist.

(b) Das Vereinigte Königreich legt die Bezugnahmen des Übereinkommens auf ‚Eltern‘ so aus, daß sie sich nur auf Personen beziehen, die nach innerstaatlichem Recht als Eltern behandelt werden. Dabei sind Fälle eingeschlossen, in denen das Recht ein Kind so ansieht, als habe es nur einen Elternteil, beispielsweise in Fällen, in denen ein Kind von nur einer Person adoptiert

sexual intercourse by the woman who gives birth to it and she is treated as the only parent.

(c) The United Kingdom reserves the right to apply such legislation, in so far as it relates to the entry into, stay in and departure from the United Kingdom of those who do not have the right under the law of the United Kingdom to enter and remain in the United Kingdom, and to the acquisition and possession of citizenship, as it may deem necessary from time to time.

(d) Employment legislation in the United Kingdom does not treat persons under 18, but over the school-leaving age as children, but as 'young people'. Accordingly the United Kingdom reserves the right to continue to apply Article 32 subject to such employment legislation.

(e) Where at any time there is a lack of suitable accommodation or adequate facilities for a particular individual in any institution in which young offenders are detained, or where the mixing of adults and children is deemed to be mutually beneficial, the United Kingdom reserves the right not to apply Article 37(c) in so far as those provisions require children who are detained to be accommodated separately from adults.

(f) In Scotland there are tribunals (known as 'children's hearings') which consider the welfare of the child and deal with the majority of offences which a child is alleged to have committed. In some cases, mainly of a welfare nature, the child is temporarily deprived of its liberty for up to seven days prior to attending the hearing. The child and its family are, however, allowed access to a lawyer during this period. Although the decisions of the hearings are subject to appeal to the courts, legal representation is not permitted at the proceedings of the children's hearings themselves.

Children's hearings have proved over the years to be a very effective way of dealing with the problems of children in a less formal, non-adversarial manner. Accordingly, the United Kingdom, in respect of Article 37(d), reserves its right to continue the present operation of children's hearings."

2.

"... [The Government of the United Kingdom reserves] the right to extend the Convention at a later date to any territory for

wurde, und in bestimmten Fällen, in denen ein Kind auf andere Weise als durch Geschlechtsverkehr der Frau, die es zur Welt bringt, empfangen und diese als alleiniger Elternteil behandelt wird.

(c) Das Vereinigte Königreich behält sich das Recht vor, Rechtsvorschriften anzuwenden, wie es dies von Zeit zu Zeit für erforderlich hält, soweit sich diese auf die Einreise in das Vereinigte Königreich, den Aufenthalt im Land und die Ausreise von Personen, die nach dem Recht des Vereinigten Königreichs nicht berechtigt sind, in das Vereinigte Königreich einzureisen und dort zu bleiben, sowie auf den Erwerb und den Besitz der Staatsangehörigkeit beziehen.

(d) Das Arbeitsrecht des Vereinigten Königreichs behandelt Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, aber nicht mehr schulpflichtig sind, nicht als Kinder, sondern als 'Jugendliche'. Folglich behält sich das Vereinigte Königreich das Recht vor, Artikel 32 weiterhin vorbehaltlich des Arbeitsrechts anzuwenden.

(e) Für den Fall, daß zu irgendeinem Zeitpunkt keine geeigneten Unterkünfte oder angemessene Einrichtungen für eine bestimmte Person in einer Anstalt vorhanden sind, in der jugendliche Straftäter inhaftiert sind, oder daß eine gemeinsame Unterbringung von Erwachsenen und Kindern als für beide Seiten vorteilhaft angesehen wird, behält sich das Vereinigte Königreich das Recht vor, Artikel 37 Buchstabe c nicht anzuwenden, soweit diese Bestimmungen vorsehen, daß inhaftierte Kinder von Erwachsenen getrennt unterzubringen sind.

(f) In Schottland gibt es Sondergerichte (als 'children's hearings – Kinderanhörungen' bezeichnet), die das Wohl des Kindes berücksichtigen und die meisten Straftaten behandeln, die Kindern zur Last gelegt werden. In einigen Fällen, hauptsächlich aus sozialen Gründen, wird dem Kind zeitweilig bis zu sieben Tage vor der Anhörung die Freiheit entzogen. Das Kind und seine Familie dürfen jedoch während dieser Zeit Kontakt zu einem Anwalt aufnehmen. Obwohl gegen die aufgrund der Anhörungen ergangenen Entscheidungen ein Rechtsmittel bei einem Gericht eingelegt werden kann, ist im Verfahren der Kinderanhörung selbst eine rechtliche Vertretung nicht zulässig.

Im Lauf der Jahre haben sich die Kinderanhörungen als sehr wirksames Mittel erwiesen, um die Probleme der Kinder in einer weniger förmlichen und nicht kontradiktorischen Weise zu regeln. Folglich behält sich das Vereinigte Königreich hinsichtlich des Artikels 37 Buchstabe d das Recht vor, die gegenwärtige Praxis der Kinderanhörungen beizubehalten."

2.

"... [Die Regierung des Vereinigten Königreichs behält sich] das Recht vor, das Übereinkommen zu einem späteren Zeit-

whose international relations the Government of the United Kingdom is responsible . . ."

punkt auf jedes Hoheitsgebiet zu erstrecken, für dessen internationale Beziehungen sie verantwortlich ist . . ."

Bonn, den 10. Juli 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Kongo**

Vom 28. August 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat durch eine an die Regierung der Republik Kongo gerichtete Verbalnote vom 18. August 1992 aufgrund der in Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) vorgesehenen Konsultationen festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Kongo abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. August 1992 (BGBl. II S. 986).

Bonn, den 28. August 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

Anlage

1. Gemeinsames Kommuniqué vom 8. Januar 1970 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Kongo (Gesandtschaften)
2. Vereinbarung vom 14. März 1970 über die Eröffnung von Gesandtschaften in den Hauptstädten beider Staaten am 6. April 1970
3. Abkommen vom 14. März 1970 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
4. Handelsabkommen vom 14. März 1970 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo
5. Abkommen vom 14. März 1970 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit

6. Abkommen vom 14. März 1970 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
7. Vereinbarung vom 2. Dezember 1971 über die Zusammenarbeit zwischen dem Staatlichen Komitee für Fernsehen beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und dem Fernsehen der Volksrepublik Kongo
8. Abkommen vom 16. Juni 1972 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens
9. Protokoll vom 6. November 1972 über die Besuche einer militärischen Delegation der nationalen Volksarmee der Volksrepublik Kongo im Ministerium der nationalen Verteidigung und bei der nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik
10. Protokoll vom 19. März 1973 der Verhandlungen zur Vorbereitung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die Ausbildung von Militärskadern
11. Abkommen vom 26. Mai 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die Ausbildung von Militärskadern in der Deutschen Demokratischen Republik
12. Abkommen vom 24. November 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und akademischen Graden
13. Abkommen vom 12. April 1978 zwischen dem Staatlichen Komitee für Rundfunk beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und dem Rundfunk der Volksrepublik Kongo über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks
14. Abkommen vom 15. Mai 1978 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die Ausbildung von Militärskadern in der Deutschen Demokratischen Republik
15. Abkommen vom 12. Februar 1981 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Kongo über den Luftverkehr (GBl. 1987 II S. 9)
16. Protokoll vom 1. März 1984 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit
17. Protokoll vom 2. März 1984 der 6. Sitzung der Gemischten Kommission über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
18. Abkommen vom 16. Mai 1985 zwischen dem Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verteidigung und Sicherheit der Volksrepublik Kongo über die Zusammenarbeit
19. Protokoll vom 17. Mai 1985 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit für die Jahre 1985 bis 1986
20. Abkommen vom 17. Mai 1985 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die Aufhebung der Visapflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen
21. Protokoll (ohne Datum) über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verteidigung und Sicherheit der Volksrepublik Kongo für den Zeitraum 1987 bis 1990
22. Notenwechsel vom 10./30. April 1987 zur Verlängerung der Geltungsdauer des Protokolls vom 17. Mai 1985 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zum Jahre 1988
23. Vertrag vom 24. Juni 1987 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Kongo über Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBl. 1988 II S. 1)
24. Protokoll vom 20. Mai 1988 über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit der Volksrepublik Kongo für die Jahre 1988 bis 1990
25. Notenaustausch vom 31. August/15. September 1989 zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Protokolls vom 27. Mai 1985 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Kongo über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit für die Jahre 1989 bis 1990
26. Protokoll (ohne Datum) über den Besuch einer Delegation der politischen Generaldirektion der nationalen Volksarmee der Volksrepublik Kongo bei der politischen Generaldirektion der nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zoltarivvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1996 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 2. September 1992

Das Protokoll vom 16. Oktober 1974 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossenen Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1983 II S. 763) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Burkina Faso am 15. Juni 1992
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. September 1990 (BGBl. II S. 1336).

Bonn, den 2. September 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann